



MONATSBRIEF UNGARN

MITTWOCH, 5. AUGUST 2026

17. Verfassungsänderung: Staatspräsident des Amtes enthoben

Am 13. Juli 2026 verabschiedete die Ungarische Nationalversammlung die 17. Verfassungsnovelle mit weitreichenden politischen Folgen für das politische System des Landes. Die Novelle war im Vorfeld kontrovers diskutiert und kritisiert worden, und die neue Tisza-Regierung sah sich wiederholt dem Vorwurf ausgesetzt, sich der Methoden der Vorgängerregierung zu bedienen oder diese sogar noch zu übertreffen. Denn das Gesetzespaket umfasst verfassungsrechtlich fragwürdige Maßnahmen, darunter die vorzeitige Absetzung des amtierenden Staatspräsidenten mit einem einzigen Satz oder auch die Aufstellung eines Nationalen Amtes für Vermögensschutz und -rückgewinnung mit der Staatsanwaltschaft ähnlichen Kompetenzen. Kritiker befürchten, dass das Nationale Amt für Vermögensschutz und -rückgewinnung politisch instrumentalisiert und vor allem gegen Vertreter früherer Regierungen eingesetzt werden könnte. Zudem bestehen Bedenken hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit, insbesondere darüber, ob das Amt unabhängig arbeitet und einer wirksamen gerichtlichen Kontrolle unterliegen wird. Auch die geplante rückwirkende Überprüfung vergangener Entscheidungen könnte zu Rechtsunsicherheit führen.

Zudem wurde bestimmt, dass Politiker nur maximal für drei Legislaturperioden, also zwölf Jahre, Abgeordnete sein dürfen. Dies führte sogleich zu persönlichen Konsequenzen bei der Fidesz-Fraktion: Der bisherige Fraktionsvorsitzende Gergely Gulyás trat von seinem Amt zurück, da er bei der kommenden Wahl nicht erneut für die Ungarische Nationalversammlung kandidieren dürfte. Sein Amtsnachfolger wird János Boka, der langjährige Minister für Europaangelegenheiten der Fidesz-KDNP-Regierung, der derzeit seine erste Legislatur als Parlamentarier ausübt. Die neuen, auch rückwirkend angewandten Amtszeitbeschränkungen treffen insbesondere die bisherigen Regierungsparteien sowie die derzeit nicht im Parlament vertretene „Altopposition“. Durch diese Maßnahmen festigt die Tisza-Partei ihre eigene Position bei gleichzeitiger Schwächung der Opposition durch rechtliche und administrative Hürden. Bereits die Mitte Juni in Kraft getretene frühere 16. Novelle sah vor, dass die Amtszeit des Ministerpräsidenten auf zwei Legislaturperioden, also acht Jahre, beschränkt wird. Von dieser Beschränkung ist in Ungarn derzeit eine einzige Person betroffen – Viktor Orbán.

Zudem sieht die Verfassungsnovelle eine Senkung der Altersgrenze für das Amt des Verfassungsrichters vor. Damit müssen vier Verfassungsrichter ihren Hut nehmen, unter anderem der Präsident des Gerichts. Mit Csaba Hende scheidet ein weiterer Richter aus, da er nachträglich seine Position aufgrund einer bereits bestehenden Bestimmung verliert, die als Amtsvoraussetzung die Wählbarkeit als Abgeordneter voraussetzt. Da er schon mehr als 12 Jahre Abgeordneter war, erlischt diese Wählbarkeit nun rückwirkend. Damit kann die Tisza von Péter Magyar auf einen Schlag fünf neue Verfassungsrichter (von 15) in das Gremium bestellen. Andere Teile der Regelung umfassen die Verminderung der Zahl der

Kardinalgesetze, die Ausweitung der Rechte des Verfassungsgerichts, die Aufhebung der Vetomöglichkeit des Budgetrats in Haushaltsfragen oder die Umbenennung von regionalen Selbstverwaltungskörperschaften, sind also weniger gravierend oder umstritten.

Verabschiedet wurde die Vorlage mit 139 Stimmen der regierenden Tisza-Partei. Die Fraktionen der Fidesz und KDNP waren aus Protest der Sitzung ferngeblieben, die sechs Abgeordneten der rechtsnationalen „Mi Hazánk“ stimmten dagegen. Noch am selben Abend wurde die Grundgesetznovelle von Parlamentspräsidentin Ágnes Forsthofer gegengezeichnet und zur Abzeichnung an den Staatspräsidenten gesandt. Dieser unterzeichnete schließlich nach fünf Tagen fristgerecht seine eigene Amtsenthebung, da er seine rechtlichen Möglichkeiten, gegen die Maßnahmen der neuen Regierung anzugehen, als erschöpft betrachtete. Trotzdem blieb Sulyok in seiner Aussage klar: „Mit meiner Absetzung endet der demokratische Rechtsstaat.“

Kritik am Vorgehen der Regierung wird dabei nicht nur aus fidesz-nahen oppositionellen Kreisen, sondern zunehmend auch aus in der Vergangenheit fidesz-kritischen Kreisen und den Reihen der Tisza-Sympatisanten selbst laut. So kritisierten beispielsweise sowohl Amnesty International als auch das Ungarische Helsinki Komitee öffentlich die Absetzung des Staatspräsidenten mit Hilfe einer Verfassungsänderung. Sulyok selbst hatte sich im Vorfeld der Verfassungsänderung hilfesuchend an die Venedig-Kommission gewandt. Eine Delegation der Venedig-Kommission reiste Anfang Juli Budapest, wo sie auch gesonderte Gespräche mit Tamás Sulyok und Péter Magyar führte. Obwohl zunächst von einem beschleunigten Verfahren die Rede war, verschob das Gremium die offizielle Anhörung in dieser Angelegenheit und die Verabschiedung einer Stellungnahme schließlich auf Oktober und damit auf einen Zeitpunkt, bei dem bereits Fakten geschaffen und der Staatspräsident vorzeitig aus dem Amt entfernt wurde. Die Fidesz rief im Vorfeld zu Solidaritätsbekundungen mit Staatspräsident Sulyok auf und stellte die Legitimität des neuen Staatspräsidenten und der von ihm unterzeichneten Gesetze in Frage.

Mit der Absetzung Sulyoks übt die Parlamentspräsidentin Ágnes Forsthofer bis zur Wahl eines neuen Staatspräsidenten auch das Amt der Staatspräsidentin aus. Die Frist für die Wahl endet am 20. August 2026. Derzeit erscheint jedoch unklar, wie die Regierung diesen zeitlichen Rahmen einhalten möchte, da zwischen dem 10. und 20. August eine Sommerpause vorgesehen ist. Zudem ist es der Tisza bislang nicht gelungen, einen Kandidaten aufzustellen, nachdem die ungarische Schachspielerin Judit Polgár eine Nominierung abgelehnt hatte. Es erscheint daher nicht ausgeschlossen, dass die derzeitige Parlamentspräsidentin und Interimsstaatspräsidentin Ágnes Forsthofer zur neuen Staatspräsidentin Ungarns gewählt werden könnte. Dies gilt insbesondere, da sie auch in den Reihen der Opposition ein hohes Ansehen genießt und in der politisch aufgeheizten Lage bereits in ihrer bisherigen Funktion als Parlamentspräsidentin durch versöhnliche und konziliante Töne aufgefallen ist.

Hausdurchsuchung und Server-Beschlagnahmen bei Fidesz

Am 21. Juli 2026 führte die ungarische Staatsanwaltschaft ohne Vorankündigung eine Durchsuchung in einem Rechenzentrum durch, in dem die IT-Infrastruktur der Fidesz betrieben wird. Nach Angaben der Partei wurden dabei das Mitgliederverzeichnis, Datenbanken sowie das gesamte interne Kommunikationssystem beschlagnahmt oder zur Auswertung kopiert. Betroffen sind unter anderem das interne E-Mail-System und weitere Datenbanken. Die E-Mail-Adressen der Partei sowie die Website fidesz.hu sind weiterhin nicht erreichbar. Die Fidesz bezeichnete die Maßnahme als beispiellos und erklärte, seit dem Ende des Kommunismus habe es keinen vergleichbaren Eingriff gegen eine politische Partei gegeben. Die Durchsuchung fand in Anwesenheit der Rechtsvertreter der Partei statt.

Medienberichten zufolge stehen die Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Strafverfahren gegen den Nationalen Kulturfonds (NKA). Hintergrund sind Vorwürfe, wonach mit der Fidesz verbundene Personen und Organisationen unrechtmäßig hohe staatliche Fördermittel erhalten haben sollen. Bereits Ende Juni waren der frühere stellvertretende NKA-Präsident Balázs Bús sowie weitere Führungskräfte festgenommen worden. Die Ermittler vermuten, dass das zuständige Entscheidungsgremium der NKA seit Dezember 2024 bei der Vergabe von insgesamt 1.079 Förderungen im Gesamtwert von rund 17 Milliarden Forint gegen gesetzliche und interne Vorschriften verstoßen hat. Ob und in welchem Umfang die Durchsuchung des Fidesz-IT-Systems mit diesen Vorwürfen zusammenhängt, wurde von der Staatsanwaltschaft bislang nicht offiziell bestätigt.

Ungarns Generalstaatsanwalt Nagy Gábor Bálint hat seinen Rücktritt zum 25. August 2026 eingereicht. Als Grund nannte er die zunehmenden politischen Angriffe gegen seine Person und die von ihm geleitete Staatsanwaltschaft. In einer Erklärung betonte Nagy, die Unabhängigkeit der Justiz und der Staatsanwaltschaft sei eine tragende Säule des demokratischen Rechtsstaats. Es sei ein gefährliches Signal, wenn politische Akteure die Absetzung eines amtierenden Generalstaatsanwalts verlangten, weil laufende Strafverfahren nicht den von ihnen gewünschten Verlauf nähmen. „Dies führt dazu, dass jeder Generalstaatsanwalt künftig befürchten muss, seines Amtes enthoben zu werden, wenn seine Tätigkeit nicht den Erwartungen politischer Akteure entspricht“, schrieb Nagy Gábor Bálint. Die Staatsanwaltschaft dürfe weder zum Instrument politischer Auseinandersetzungen noch zum Schauplatz tagespolitischer Machtkämpfe werden. Nagy Gábor Bálint erklärte, die gegen ihn gerichteten Angriffe seien in den vergangenen Monaten weit über eine legitime fachliche oder politische Auseinandersetzung hinausgegangen. Dabei habe er sein Amt seit seinem Amtsantritt vor gut einem Jahr ausschließlich auf Grundlage der geltenden Gesetze und nach fachlichen Kriterien ausgeübt. Weder er noch seine Familienangehörigen hätten jemals Verbindungen zu politischen Parteien unterhalten. Zugleich kritisierte der Generalstaatsanwalt, dass sich neben Politikern inzwischen auch Verfahrensbeteiligte und deren Rechtsanwälte strafrechtliche Verfahren zunutze machten, um politisch motivierte Angriffe gegen die Justiz und insbesondere gegen die Staatsanwaltschaft zu führen. Diese Entwicklung schade nicht nur seiner Person und seinem Amt, sondern untergrabe auch die Unabhängigkeit und das Ansehen der Staatsanwaltschaft sowie das Vertrauen der Bevölkerung in die Arbeit ihrer mehr als 4.000 Beschäftigten.

Atomkraftwerk kurz vor vollständiger Abschaltung

Die ungarische Regierung bereitet einen historischen Schritt im Betrieb des Kernkraftwerks Paks vor: Aufgrund des rekordniedrigen Wasserstands der Donau könnte die Stromerzeugung in der Anlage vollständig eingestellt werden. Seit der Inbetriebnahme des Kernkraftwerks im Jahr 1982 musste die Produktion noch nie vollständig eingestellt werden, doch nach Angaben der Fachleute ist man auf die außergewöhnliche Situation vorbereitet. In einer Mitteilung erklärte die Betreibergesellschaft Paks Atomerőmű Zrt., dass die derzeit extrem niedrigen Wasserstände und Abflussmengen grundsätzlich noch ausreichend Kühlwasser für die Reaktorblöcke bereitstellen würden. Das eigentliche Problem bestehe jedoch darin, dass sich die Ansaugstutzen der für die Wasserentnahme erforderlichen Pumpen höher befinden als der aktuelle – und voraussichtlich weiter sinkende – Wasserstand. Dadurch könnten die Pumpen ihre Funktion nicht mehr erfüllen. Die technische Anpassung der Ansaugleitungen, um sie tiefer zu verlegen, habe bereits begonnen. Nach Abschluss der Arbeiten werde das Kraftwerk auch bei einem noch niedrigeren Wasserstand als heute weiter betrieben werden können. Im Kernkraftwerk Paks sind vier Reaktorblöcke mit einer Leistung von jeweils rund 500 Megawatt in Betrieb. Ursprünglich waren sie für 440 Megawatt ausgelegt, durch Modernisierungsmaßnahmen konnte ihre Leistung jedoch erhöht werden. Das Kraftwerk erzeugt jährlich etwa 40 Prozent der in Ungarn produzierten Elektrizität und deckt rund 30 Prozent des nationalen Stromverbrauchs.

Ministerpräsident Péter Magyar erklärte, dass das Kernkraftwerk wegen des kritischen Rückgangs des Donaupegels möglicherweise vollständig abgeschaltet werden müsse. Nach Einschätzung von Experten sei die Stromversorgung derzeit zwar noch nicht gefährdet, dennoch habe die Regierung bereits Maßnahmen wie die Abschaltung der Fassaden- und Monumentbeleuchtung sowie Homeoffice-Regelungen für Teile der öffentlichen Verwaltung angeordnet. Die Regierung rechnet mit steigenden Stromimporten und ruft die Bevölkerung zum Energiesparen auf. In mehreren Gemeinden musste die Trinkwasserversorgung bereits eingeschränkt werden, mancherorts wurde zudem die Unterstützung der Streitkräfte angefordert. Großverbrauchern aus der Industrie drohte der Ministerpräsident. Falls erforderlich, werde die Regierung die freiwillige Reduzierung der Produktion mit gesetzlichen Mitteln erzwingen. Wörtlich sagte er: „Ich möchte den Unternehmen signalisieren, dass alle besser fahren, wenn sie ihren Verbrauch freiwillig senken. Die Regierung wird in Kürze über die gesetzliche Grundlage verfügen, um notfalls einzelne Betriebe geordnet vom Netz zu nehmen.“ Die hierfür notwendige Regierungsverordnung sei bereits in Kraft getreten und werde bei Bedarf angewendet, betonte Magyar. Zugleich erinnerte er daran, dass es in Ungarn bislang noch nie zu einem flächendeckenden Stromausfall gekommen sei. Die wirtschaftlichen Schäden, die Stromausfälle zuletzt in Spanien und auf dem Balkan verursacht hätten, zeigten jedoch, welche Folgen ein solcher Fall haben könne. Stromausfälle in Ungarn könnten daher nicht ausgeschlossen werden. Nach den Worten des Ministerpräsidenten müsse Ungarn künftig eine von Russland unabhängige Energieversorgung sicherstellen. Deshalb habe sich die Regierung für Investitionen in erneuerbare Energien entschieden. Er verwies darauf, dass bereits ein Programm zum Ausbau der Windenergie beschlossen worden sei, das eine zusätzliche Windkraftkapazität von 4.000 Megawatt vorsieht. Die für die Kühlung benötigten

neuen Sicherheitspumpen würden allerdings nach derzeitiger Planung frühestens nach 2030 zur Verfügung stehen; ihre Beschaffung befinde sich noch in der Planungsphase.

László Nagy, technischer stellvertretender Vorstandsvorsitzender des Kraftwerks, erklärte auf einer Pressekonferenz, dass das Kernkraftwerk Paks in Sicherheitsfragen zur Weltspitze gehöre. Die Abschaltung des letzten noch laufenden Reaktorblocks werde voraussichtlich Mitte der ersten Augustwoche erforderlich. Man werde jedoch versuchen, diesen Zeitpunkt so lange wie möglich hinauszuzögern. Péter Magyar sagte am 2. August zudem: „Heute Nacht um halb zwei wurde bereits die vorletzte Turbine des Kernkraftwerks Paks abgeschaltet; statt 2.000 Megawatt erzeugt das Kraftwerk nun nur noch 240 Megawatt. Voraussichtlich wird in Kürze – je nach Wasserstand der Donau – entweder noch heute oder im Laufe des morgigen Tages auch die letzte Turbine abgeschaltet.“ Da der Wasserstand der Donau bei Paks derzeit bei minus 133 Zentimetern liege und der letzte noch in Betrieb befindliche Block bei einem Pegel von minus 134 Zentimetern ebenfalls abgeschaltet werden müsse, werde das Kernkraftwerk voraussichtlich noch am selben Tag – erstmals seit 44 Jahren – vollständig vom Netz gehen. Am folgenden Tag erklärte der Ministerpräsident jedoch auf einer Pressekonferenz, dass die letzte Turbine vorerst weiterhin in Betrieb sei. Am Morgen des 4. August postete Péter Magyar auf seiner Facebook-Seite: „Gegen halb zwei Uhr morgens standen wir nur noch wenige Millimeter vor der vollständigen Abschaltung des Kraftwerks Paks, doch dann kam der Rückgang des Wasserstands zum Stillstand, und bis zum Morgen stieg er um 1,5 Zentimeter an. Derzeit läuft die letzte Turbine sicher. Auf nach Paks!“

Mol zieht wegen CO₂-Steuer vor Gericht – 126 Milliarden Forint im Streit

Der ungarische Öl- und Gaskonzern Mol geht juristisch gegen den ungarischen Staat vor. Das Unternehmen fordert die Rückzahlung von insgesamt 126 Milliarden Forint im Zusammenhang mit der seit 2023 erhobenen CO₂-Quotensteuer. Ein entsprechender Erstattungsantrag, den Mol und mehrere betroffene Tochtergesellschaften im April 2026 bei der Nationalen Steuer- und Zollbehörde (NAV) eingereicht hatten, war von der Behörde abgelehnt worden. Nun hat der Konzern Klage bei den zuständigen Gerichten erhoben. Ziel ist es, die ablehnenden Bescheide der NAV aufheben zu lassen und die Steuerbehörde zur Durchführung eines neuen Verfahrens zu verpflichten. Mol stützt sich dabei auf ein Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union vom 16. April 2026 (Rechtssache C-519/24). Der EuGH kam zu dem Schluss, dass die ungarische CO₂-Quotensteuer nicht mit dem EU-Recht vereinbar ist. Nach Angaben des Unternehmens beläuft sich der Streitwert auf 126 Milliarden Forint (rund 395 Millionen US-Dollar). Dieser Betrag umfasst sowohl die zurückgeforderte Steuer als auch die aufgelaufenen Verzugszinsen. Einer Analyse des Investmenthauses Concorde zufolge könnte das EuGH-Urteil den ungarischen Staat insgesamt rund 424 Milliarden Forint kosten. Neben der CO₂-Quotensteuer erklärte das Gericht auch die zusätzliche Bergbauabgabe für unionsrechtswidrig. Mol dürfte zwar zu den größten Profiteuren der Entscheidung zählen, Ansprüche machen jedoch auch weitere Unternehmen wie O&GD, Horizont Energia und Nitrogénművek geltend. Deshalb ist nicht davon auszugehen, dass der Konzern den gesamten Betrag erhält. Die Regelung der CO₂-Quotensteuer betrifft Unternehmen, die am europäischen Emissionshandel teilnehmen und eine bestimmte Menge an CO₂ ausstoßen. Sie müssen auf kostenlos zugeteilte Emissionszertifikate eine CO₂-Quotensteuer entrichten. Werden diese Zertifikate gehandelt,

fällt zusätzlich eine Transaktionsgebühr an. Die Europäische Kommission hatte bereits im Juni 2025 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn eingeleitet. Aus ihrer Sicht widerspricht die ungarische Regelung den Zielen der EU-Emissionshandelsrichtlinie, da sie Unternehmen belastet, die im Rahmen des europäischen Emissionshandelssystems kostenlose Emissionszertifikate erhalten. Grundlage für die Abgaben sind sowohl die jährlichen Emissionen als auch der Umfang der kostenlosen Zertifikatszuteilung.

Markus Söder zu Besuch in Budapest

Am 30. Juli 2026 empfing der ungarische Ministerpräsident Péter Magyar den bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Markus Söder in Budapest. Es war der erste Besuch eines Ministerpräsidenten eines deutschen Bundeslandes in Ungarn seit dem Amtsantritt der Regierung Magyar im Mai. Bereits am Abend der Parlamentswahl vom 13. April hatte Söder Péter Magyar zum Wahlsieg gratuliert und sich für eine Neubelebung der bayerisch-ungarischen Beziehungen ausgesprochen. In seiner Glückwunschschaft regte er die Wiederaufnahme der gemeinsamen Regierungskommissionen an und brachte zugleich ein persönliches Treffen ins Gespräch. Unmittelbarer Anlass für das bilaterale Treffen war der Besuch der ungarischen Außenministerin und stellvertretenden Ministerpräsidentin Anita Orbán in Bayern wenige Tage zuvor. Auf Einladung der CSU nahm sie als erste ungarische Politikerin seit 2018 an der Sommerklausur der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag teil. Sowohl Orbáns Reise nach Bayern als auch Söders Gegenbesuch in Budapest markieren einen deutlichen Wandel in den bilateralen Beziehungen. Nachdem diese über viele Jahre als besonders eng galten, hatten sie sich in den vergangenen Jahren spürbar abgekühlt. Beide Seiten verbinden nun große Hoffnungen mit einem politischen Neustart, nachdem Differenzen in der Europapolitik lange Zeit einer engeren Zusammenarbeit im Weg standen. Péter Magyar schrieb auf seiner Facebook-Seite: „Es kommt selten vor, dass man mit einem westeuropäischen Staats- oder Regierungschef verhandelt, mit dem man in fast allen Punkten einer Meinung ist, sei es in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung, die EU-Politik oder eben die Bedeutung der Hightech-Branchen, der künstlichen Intelligenz und der Forschung und Entwicklung.“ Mit dem Wahlsieg der Tisza-Partei, die im Europäischen Parlament wie die CSU der EVP-Fraktion angehört, und dem Regierungswechsel in Ungarn entstanden jedoch neue Voraussetzungen für eine Wiederannäherung. Auf der gemeinsamen Pressekonferenz betonten Péter Magyar und Markus Söder daher vor allem die Bedeutung einer Wiederaufnahme des politischen Dialogs und eines neuen Kapitels in den bilateralen Beziehungen. Söder sprach dabei ausdrücklich vom Ende einer „kleinen Eiszeit“. Für beide Seiten sprechen vor allem die engen wirtschaftlichen Verflechtungen für eine Intensivierung der Zusammenarbeit. Péter Magyar erklärte auf der Pressekonferenz: „Unter den deutschen Bundesländern ist Bayern zweifellos unser wichtigster und stärkster Handelspartner und Investor; das jährliche Handelsvolumen liegt mit 16,4 Mrd. Euro auf einem geradezu erstaunlich hohen Niveau. Die Direktinvestitionen belaufen sich auf 7,5 Mrd. Euro.“ Zugleich sind zahlreiche weltweit tätige bayerische Unternehmen wie BMW, Audi, Siemens oder Knorr-Bremse mit bedeutenden Standorten in Ungarn vertreten. Neben der Wiederaufnahme der gemeinsamen Regierungskommissionen standen insbesondere Fragen der Forschungs- und Entwicklungszusammenarbeit, die Zukunft der Automobilindustrie sowie die wissenschaftliche und kulturelle Kooperation im Mittelpunkt der Gespräche. Neben dem

Fahrzeugbau könnten künftig auch die Pharma- und die Rüstungsindustrie eine wichtige Rolle spielen. Darüber hinaus erörterten beide Seiten Möglichkeiten, die Zusammenarbeit zwischen ungarischen und bayerischen Hochschulen weiter auszubauen. Dabei könnte auch der Andrassy Universität Budapest (AUB) eine wichtige Funktion zukommen. Die deutschsprachige Universität wurde 2001 auf Initiative der Ministerpräsidenten Ungarns, Bayerns und Baden-Württembergs sowie des österreichischen Bundeskanzlers gegründet. Seit September 2002 bietet sie vollständig deutschsprachige Studiengänge an und wird bis heute gemeinsam von den Gründungspartnern getragen.

Viktor Orbáns Rede auf der Sommeruniversität in Tusnádfürdő

Zum ersten Mal seit 16 Jahren sprach Viktor Orbán als Anführer der Opposition und nicht der Regierungspartei Ungarns auf der 35. Bálványos-Sommeruniversität im siebenbürgischen Tusnádfürdő.

Der frühere Ministerpräsident ging mit der aktuellen Regierung hart ins Gericht. „Die Fakten sind bekannt: In individueller Ausprägung und rückwirkend wurde der stärkere Teil der Opposition von den Wahlen ausgeschlossen, womit die Demokratie zunichte gemacht wurde“, begann Viktor Orbán. Er deutete auf die ähnliche Vorgehensweise der aktuellen ungarischen Regierung und die der venezolanischen hin, auf die er auch in den inoffiziellen Besprechungen auf seiner Amerika-Reise hingewiesen wurde. Zunächst wurden auch dort die Beamten entlassen, die nicht mit der Partei von Maduro konform waren, den Abgeordneten der Opposition wurde das Stimmrecht entzogen und Strafverfahren gegen sie eingeleitet, Oppositionsparteien wurden verboten, und es kam zu Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen gegen Regimegegner – zählte der Ex-Regierungschef auf. Steuerbehördenverfahren, vage Anschuldigungen, undurchsichtige Verfahren ohne Rechtsmittel. Genau solch ein System werde derzeit in Ungarn aufgebaut. Die von der Tisza-Regierung ins Leben gerufene Amt für Vermögensrückgewinnung erinnere an die damalige Staatsschutzbehörde (ÁVH), der staatlichen Polizei des Kommunismus. Viktor Orbán betonte, dass dieses Phänomen weltweit als Neokommunismus, New-Age-Kommunismus, liberales autoritäres System oder von anderen als Staatsstreich bezeichnet werde. Er bleibe jedoch bei den Begriffen Willkür und autoritäres System, wenn es um die derzeitige ungarische Regierung geht. Seiner Meinung nach verfolge die Tisza eine Politik der Rache, die jedoch immer in Gewalt ende. „Tatsache ist, dass es in Ungarn seit Monaten keine wirtschaftliche Politik mehr gibt. Es gibt nur noch 'Facebook-Politik' und Augenwischerei“, erklärte Viktor Orbán. Er warnte vor einer schwierigen wirtschaftlichen Entwicklung und kritisierte die Debatte über eine mögliche Euro-Einführung. Seiner Ansicht nach werde die Regierung künftige Sparmaßnahmen mit dem Euro rechtfertigen und die Bevölkerung damit täuschen. Ohne eine wirksame Wirtschaftspolitik drohten gravierende Probleme, die ausländischen Akteuren die Möglichkeit gäben, Einfluss zu nehmen. Orbán sprach in diesem Zusammenhang von einer möglichen „fünften Ausplünderung Ungarns“. Als frühere Einschnitte nannte er den Vertrag von Trianon, die Reparationsleistungen nach dem Zweiten Weltkrieg, die Zeit der Horn-Regierung sowie die Jahre zwischen 2002 und 2010. Zugleich betonte er, Ungarn habe zwischen 2010 und 2026 seiner Auffassung nach alles zurückgewonnen, was zurückzugewinnen gewesen sei.

Viktor Orbán erklärte, die Tisza-Wähler irren sich, wenn sie denken, dass sich die Willkürmaßnahmen der neuen Regierung dauerhaft nur gegen Fidesz-Anhänger richten werden. Er warf der neuen Macht vor, aggressiv zu handeln, ihre Befugnisse zu missbrauchen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gefährden. Statt klassischer Oppositionsarbeit kündigte der Fidesz-Vorsitzende Widerstand an. Er betonte, dass man wiederholt gegen die Lügen vorgehen müsse. Nach Orbáns Einschätzung haben die Wähler nur den letzten vier Jahren eine Absage erteilt, weshalb man auf die vergangenen 16 Jahre stolz sein müsse. Er fügte hinzu: „Es ist eine historische Tatsache, dass die ungarische Rechte am meisten für Ungarn und die Ungarn jenseits der Grenzen getan habe. Die ungarische Rechte hat den Systemwechsel vollzogen, die Würde der Arbeit und des Zuhauses wiederhergestellt, die Migration gestoppt und verhindert, dass das Land in einen Krieg hineingezogen wurde.“ Viktor Orbán zeigte sich überzeugt, dass das seiner Ansicht nach autoritäre System der Tisza-Regierung nur vorübergehend bestehen werde. Nach den ersten 133 Tagen im Amt werde der Widerstand wachsen und das „Lager der Freiheit“ an Stärke gewinnen. Die Fidesz werde die Regierung nicht zu Fall bringen, denn das werden dieselben tun, die diese freiheitsfeindliche Politik gebracht haben. Die Fidesz werde sich auf seine Anhänger konzentrieren und weiter für sie eintreten. Zugleich räumte Orbán ein, dass die bisherigen 2,5 Millionen Fidesz-Wähler für eine Mehrheit nicht ausreichen. Zusätzliche Unterstützung werde nach seiner Einschätzung durch die politische Entwicklung entstehen. Abschließend stellte er fest, man müsse aus Fehlern lernen, an den eigenen Grundsätzen festhalten und die Partei inhaltlich neu aufstellen. „Es stehen schwierige Zeiten bevor, und wir werden kämpfen“, schloss er seine Rede.

Neues aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Öffentlich-rechtliche Medien müssen Nachrichtendienst einstellen

Der ungarische Fernsehsender M1 musste sein Programm vorübergehend einstellen, Zuschauer sahen lediglich einen schwarzen Bildschirm. Gleichzeitig wurde das Programm des Kossuth-Radios durch den Kultursender Bartók-Radio ersetzt. Der neu ernannte Interims-Geschäftsführer der Medienanstalt MTVA, András Horváth, setzte den Nachrichtendienst auf sämtlichen öffentlich-rechtlichen Medienplattformen aus. „Der schwarze Bildschirm symbolisiert auch dieses Mal das Ende einer Ära. In den vergangenen Jahren geriet der öffentlich-rechtliche Rundfunk unter den Einfluss der politischen Macht und verlor seine wichtigste Funktion: die glaubwürdige und objektive Information der Öffentlichkeit. Stattdessen wurde er zu einem Forum für das Schüren von Hass und die Verbreitung von Lügen. Das wird sich nun ändern“ – lautete die dazugehörige Stellungnahme. Während der Sendepause wurde auf dem Bildschirm von M1 zudem folgende Mitteilung eingeblendet: „Öffentlich-rechtliche Medien dürfen nicht lügen. Wir entschuldigen uns dafür, dass wir dies viele Jahre lang getan haben! Die öffentlich-rechtlichen Medien wandeln sich nun, um in Zukunft unabhängig und glaubwürdig zu sein.“ Nach einer mehrstündigen Unterbrechung nahm das staatliche Nachrichtenfernsehen M1 am Dienstagabend symbolträchtig um 19:56 Uhr den Sendebetrieb wieder auf. Zum Neustart wurde Péter Bacsós satirischer Kultfilm „Der Zeuge“ ausgestrahlt, der die Absurditäten und politischen Mechanismen der Rákosi-Ära thematisiert. Der Film war aufgrund der damaligen Zensur über viele Jahre hinweg nicht öffentlich zugänglich und entwickelte sich dadurch zu einem Symbol für Systemkritik sowie für die Bedeutung von Presse- und Meinungsfreiheit.

Tisza-Regierung beendet Schnellstraßenprojekt

Die ungarische Regierung hat den Bau der Schnellstraße M87 zwischen Szombathely und Kőszeg gestoppt. Das Projekt war schon im Februar bereits weit fortgeschritten: Ausführungspläne lagen vor, der Grunderwerb hatte begonnen und das Vergabeverfahren für den Bau war angelaufen. Als Begründung nennt die Regierung den Verdacht einer rund 50-prozentigen Kostenüberhöhung im Rahmen des ursprünglichen Konzessionsmodells der Vorgängerregierung. Die dafür vorgesehenen EU-Mittel sollen stattdessen für andere Projekte verwendet werden, da sie nach Angaben der Regierung nicht mehr für den Straßenbau eingesetzt werden können. Die Entscheidung löste politische Kritik aus. Die Regierungspartei macht die Vorgängerregierung für die hohen Kosten verantwortlich, während Oppositionspolitiker den Baustopp kritisieren und auf die große Bedeutung der Verbindung für die Region hinweisen. Geplant war die Fertigstellung der 16,3 Kilometer langen Strecke bis Ende 2030, ergänzt durch den Ausbau von 15,8 Kilometer langer weiterer Straßen und den 8,5 Kilometer langem Lückenschluss der nördlichen Umgehungsstraße von Szombathely. Seit Jahrzehnten wird die Verbindung zwischen Kőszeg und Szombathely angekündigt, bislang jedoch ohne Umsetzung.

Größtes Mercedes-Werk Europas eröffnet

Mercedes-Benz hat rund eine Milliarde Euro in den Ausbau seines Standorts Kecskemét investiert. Mit der feierlichen Eröffnung des neuen Werks der Mercedes-Benz Manufacturing Hungary Kft. wächst das Gelände auf 440 Hektar und wird zum größten Mercedes-Standort Europas sowie zum zweitgrößten weltweit. Die Produktionskapazität steigt auf 350.000 bis

400.000 Fahrzeuge jährlich, die Zahl der Beschäftigten soll sich auf rund 9.000 bis 10.000 verdoppeln. Künftig wird in Kecskemét die vollelektrische C-Klasse gefertigt. Den Ausbau des Werkes hat das Unternehmen noch mit dem ehemaligen Außenminister Péter Szijjártó verhandelt. Auf der Einweihungsfeier bezeichnete Ministerpräsident Péter Magyar die Investition als wichtigen Schritt zur Stärkung Ungarns in den globalen Wertschöpfungsketten der Automobilindustrie. Die Regierung wolle ein berechenbares Investitionsumfeld mit wettbewerbsfähigen Steuern, moderner Infrastruktur und qualifizierten Fachkräften bieten. Zugleich erwarte sie von Unternehmen die Einhaltung der Vorschriften sowie faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Magyar sprach sich außerdem dafür aus, ungarische kleine und mittlere Unternehmen stärker in die Lieferketten internationaler Konzerne einzubinden. Digitalisierung, Automatisierung, KI-Anwendungen und Zuliefererprogramme seien deshalb zentrale wirtschaftspolitische Prioritäten. Mercedes-Produktionsvorstand Michael Schiebe bezeichnete Kecskemét als Vorzeigestandort für die Zukunft der Fahrzeugproduktion – intelligent, digital vernetzt und nachhaltig. Standortleiter Christian Dickert hob die Leistung der Belegschaft beim Ausbau hervor. Erstmals produziert Mercedes in Ungarn ein batterieelektrisches Kernmodell; zudem werden Karosserieteile und Antriebsbatterien vor Ort gefertigt. Kecskemét übernimmt außerdem exklusiv die Produktion der kommenden kompakten G-Klasse.

Péter Szijjártó künftig in leitender Position bei Autohersteller BYD

Der frühere Außen- und Außenwirtschaftsminister Péter Szijjártó trat von der Politik zurück und erhielt eine Führungsposition beim chinesischen Elektroautohersteller BYD. Er wird dort künftig als Leiter funktionieren, der für die Außenbeziehungen und die Entwicklung neuer Geschäftsbereiche zuständig ist. Unterdessen haben ungarische Behörden das im Bau befindliche BYD-Werk in Szeged kontrolliert. Die Inspektion erfolgte einen Tag nach der Ankündigung von Ministerpräsident Péter Magyar, frühere staatliche Entscheidungen, Förderungen und Sondergenehmigungen im Zusammenhang mit der Investition überprüfen zu lassen. Die Kontrolleure überprüften unter anderem Aufenthaltsgenehmigungen, Sozialversicherungsunterlagen und Arbeitsverträge der Beschäftigten. Der Geheimdienstausschuss des ungarischen Parlaments setzt außerdem seine Prüfung fort, ob der Wechsel des ehemaligen Außenministers in eine Führungsposition beim chinesischen Autohersteller nationale Sicherheits- oder Interessenkonflikte aufwerfen könnte. Die Sitzung wurde bis 2051 als geheim eingestuft, was nach Angaben des Ausschusses ein reguläres Verfahren bei Sitzungen mit geheimhaltungsbedürftigen Informationen und kein Hinweis auf außergewöhnliche Erkenntnisse sei. Nach Anhörungen des Verfassungsschutzes und des Auslandsnachrichtendienstes fordert die TISZA-Partei nun auch eine persönliche Anhörung Szijjártós. Dabei soll geklärt werden, ob seine frühere Beteiligung an strategischen Entscheidungen zugunsten von BYD mit seiner neuen Tätigkeit für das Unternehmen vereinbar ist.

Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut

Praktikumsausschreibung

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab sofort **neue Praktikumsstellen** an interessierte **Studenten aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir den Praktikanten eine Auslandserfahrung in einem dynamischen Team mit fachbezogenen und verantwortungsvollen Aufgaben, individueller Betreuung und voller ERASMUS+-Kompatibilität in den **Bereichen Forschung, Veranstaltungsmanagement, Kommunikation und Begabtenförderung**. Interessiert? Den Link zu unserer Ausschreibung finden Sie [hier](#).

Bevorstehende Veranstaltung

Am **6. September** organisiert das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit einen **Wahlabend** anlässlich der **Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt**. Beim Wahlabend verfolgen wir die Hochrechnungen, Exit-Polls, das Ergebnis-Warten in Magdeburg. Weitere Informationen zum Wahlabend finden Sie in Kürze auf der Webseite des Instituts.

Veröffentlichungen

Bence BAUER, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit, veröffentlichte auch im April Artikel in seiner wöchentlichen Kolumne bei Exxpress. Im Artikel mit dem Titel „**Das MCC vor dem Aus?**“ vom **7. Juli** berichtet Bauer über die ungewisse Zukunft des Mathias Corvinus Collegiums (MCC), die als KEKVA-Stiftung durch einen neuen Gesetzesbeschluss 31. August 2026 liquidiert wird. Den Artikel finden Sie [hier](#). In seinem Artikel „**Paukenschlag in Ungarn**“ vom **14. Juli** beleuchtet er die Änderungen durch die 17. Grundgesetznovelle, mit der es zu einer Einschränkung der Amtszeiten von wichtigen Verfassungsorganen und sowie des passiven Wahlrechts kommt. Den Artikel erreichen Sie [hier](#). Am **21. Juli** erschien der Beitrag „**Trubel um Staatspräsidentennominierung**“, in dem die gescheiterte Staatspräsidentennominierung nach der Absetzung von Staatschef Tamás Sulyok näher betrachtet wird. Den Artikel sehen Sie [hier](#). Am **28. Juli** erschien der Beitrag „**Kommen Sie nach Ungarn!**“, in dem Bauer die neuen Richtungen der Magyar-Regierung analysiert. Den Artikel können Sie [hier](#) lesen. Am **4. August** erschien der Beitrag „**Hitzewelle in Ungarn**“, in dem Bauer die Folgen des seit Wochen weitestgehend ausbleibenden Niederschlages darlegt und ausführt, wie diese zu einem Energieengpass und parteipolitischen Streitigkeiten führen. Den Artikel können Sie unter dem folgenden [Link](#) erreichen.

Am **1. Juli** hielt **Bence BAUER** bei der Bibliothek des Konservatismus einen Vortrag mit dem Titel „**Ungarn nach der Wahl – Neue Regierung, neue Politik?**“. In diesem erklärt Bauer, warum Magyars Sieg kein Ausrutscher war. Den Vortrag und den Artikel darüber finden Sie [hier](#) bzw. [hier](#).

Ebenfalls am **1. Juli** erschien ein Interview der Jungen Freiheit **Bence BAUER** mit dem Titel „**Machtwechsel in Ungarn: Das ändert sich jetzt!**“, in dem er analysiert, was sich unter Peter Magyar ändert. Er ordnet den Machtwechsel, den neuen Kurs gegenüber Brüssel und die Zukunft konservativer Strukturen ein. Das Interview können Sie sich [hier](#) anhören.

Am **3. Juli** erschien in der Budapester Zeitung ein Artikel von **Tristan CSAPLÁR**, Forschungs Koordinator am Deutsch-Ungarischen Institut für Europäische Zusammenarbeit, mit dem Titel „**Das Mathias Corvinus Collegium (MCC) - Vor dem Aus oder einer Umgestaltung?**“. Darin betrachtet er die zahlreichen Möglichkeiten, die das MCC seinen

Studenten bietet, sowie die Auflösung der Stiftungsform durch die Regierung und die damit verbundenen Ungewissheiten. Den Artikel finden Sie [hier](#). Der Artikel erschien auch in einer gekürzten Form auf Englisch in der Budapest Times unter diesem [Link](#).

Am **3. Juli** erschien im Kontrafunk ein Interview mit **Bence BAUER**, in dem er erklärt, welche Gründe und Auswirkungen es hat, dass die Verwaltung des Transparenzregisters den Eintrag des MCC Brüssel in dieses Register suspendierte. Das Interview können Sie sich [hier](#) anhören.

Am **16. Juli** erschien ein Interview von **Bence BAUER** mit **Alexander Teske** mit dem Titel „**Was deutsche Medien über Ungarn verschweigen**“ in dem es um Parallelen zwischen Ungarn und Deutschland und dem kompletten Neustart des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Ungarn geht. Mehr dazu können Sie unter diesem [Link](#) hören.

Ebenfalls am **16. Juli** erschien ein Artikel von **Bence BAUER** im Cicero mit dem Titel „**Ein skurriler Akt parlamentarischer Gesetzgebung**“. In diesem analysiert er die Amtsenthebung des noch amtierenden Staatspräsident Tamás Sulyok durch die Gesetzesnovelle. Lesen Sie den Artikel [hier](#). Ein weiterer Artikel im Cicero erschien am **23. Juli** mit dem Titel „**Demokratisch bedenklich**“. Darin beleuchtet er, wie rabiát Péter Magyar vorgeht, um seine Macht zu festigen. Den Artikel finden Sie [hier](#).

Im Kontrafunk-Interview vom **24. Juli** erläutert **Bence BAUER**, dass Péter Magyar den Staat grundlegend umbaut und ob damit die Rechtsstaatlichkeit gestärkt oder die Demokratie gefährdet wird. [Hier](#) können Sie sich das Interview anhören.

Am **25. Juli** erschien der Artikel „**Péter Magyars Tabula rasa: Staatspräsident Tamás Sulyok, Oppositionspolitiker, Beamte, staatsnahe Unternehmer – die Liste der Geschassten in Ungarn wird länger und länger**“ von **Bence BAUER** in der Weltwoche. In seinem Beitrag betrachtet Bauer die reihenweise Absetzung und den Austausch wichtiger Spitzenpositionen durch die neue Regierung. Den Artikel erreichen Sie [hier](#).

Im Politico erschien am **25. Juli** ein Artikel von **Marx Felix SERRAO**, in dem Bence BAUER über das MCC spricht. Den englischsprachigen Artikel finden Sie [hier](#).

Am **30. Juli** erschien ein Beitrag von **Bence BAUER** in der Budapester Zeitung mit dem Titel „**Mehr Erfolg durch partnerschaftlichen Stil**“, in dem er die Bedeutung des Besuchs von Außenministerin Anita Orbán (Tisza) auf der Klausurtagung der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag analysiert. [Hier](#) können Sie darüber lesen.

Im CATO-Magazin erschien ein Artikel von **Bence BAUER** mit dem Titel „**Das MCC wird liquidiert**“, in dem er analysiert, dass nach dem Willen von Ministerpräsident Péter Magyar die Bildungseinrichtungen öffentliche Zuwendungen sowie sämtliche daraus erzielte Erträge wieder abgeben sollen, was das wirtschaftliche Aus bedeutet. [Hier](#) können Sie mehr zum Thema lesen.

Am **1. August** erschien der Beitrag „**Ungarns Öffentlich-Rechtliche starten neu**“ von **Bence BAUER** in der Preußischen Allgemeinen Zeitung. In dem Artikel beschreibt Bauer die Entwicklungen rund um die Öffentlich-Rechtlichen Fernseh- und Radiosender in Folge des Regierungswechsels in Budapest. Den vollständigen Artikel erreichen Sie [hier](#).

In den vergangenen Tagen gab es mehrere Ereignisse, die für die Zukunft des MCC und damit auch des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit von Bedeutung sind. Balázs Tombor, Sohn des ursprünglichen MCC-Gründers András Tombor, erklärte, dass er die Stiftung auch nach dem Ende der KEKVA-Stiftung als private Stiftung weiterführen möchte. Der Prozess verläuft nun gemäß dem gesetzlich festgelegten Zeitplan; der Minister, der von staatlicher Seite die Gründerrechte ausübt, hat Ildikó Veres mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Rechnungsprüferin betraut, die die Vorbereitung der Vereinbarung zwischen dem nichtstaatlichen Gründer und dem Staat koordiniert. Die Zusammenarbeit läuft seit ihrer Ernennung kontinuierlich und nach Angaben des MCC wird sie dabei seit ihrer Ernennung kontinuierlich mit möglichst detaillierten und umfassenden Informationen über die Organisation sowie über die dort geleistete fachliche Arbeit versorgt.

Aufgrund der laufenden Verhandlungen und der ungewissen Finanzierung bitten wir um Ihr Verständnis, dass wir auch weiterhin nur hauseigene Veranstaltungen, wie den Wahlabend Sachsen-Anhalt am 6. September 2026, ausrichten können.

Der **Monatsbrief Ungarn** wird auch in der Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in Ihrem E-Mail-Fach zu finden sein.

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer

Zuständige Mitarbeiter: Tristan Csaplár, Eszter Grifatong

Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: <https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/>

E-Mail: mni@mcc.hu